

Dr. Marcus Böick (Bochum)
Prof. Dr. Constantin Goschler (Bochum)
PD Dr. Benno Nietzel (Bielefeld)

Promovierendengruppe an der Ruhr-Universität Bochum

„Experten in der Transformationsgesellschaft“

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Zusammenfassung

Zu den auffälligsten Erscheinungen des Vereinigungsprozesses nach 1990 gehörten die westdeutschen und in aller Regel männlichen Experten, die vor allem beim Auf- und Umbau von Behörden, Gerichten und Unternehmen in Ostdeutschland zu Zehntausenden präsent waren und teils nur wenige Monate, teils auch deutlich länger blieben. In der Erinnerung der ehemaligen westdeutschen Akteure der „beratenden Transformation“ verklärt sich diese Geschichte häufig zu einem patriotischen Abenteuer in einem exotischen Grenzland. In Ostdeutschland dagegen wird diese Gruppe immer noch zumeist als problematisches Symbol einer einseitigen Anpassungsleistung oder gar einer westlichen „Übernahme“ wahrgenommen. Die zeithistorische Erforschung der Rolle westdeutscher Experten und Expertinnen und ihrer Interaktionen in Ostdeutschland nach 1990 kann deshalb wesentlich dazu beitragen, dass alte Deutungskonflikte um die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der hiermit verknüpften gesellschaftlichen Dynamiken wie kulturellen Konflikte historisiert und nicht lediglich fortgeschrieben werden.

Eine Promovierendengruppe an der Professur für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum soll nunmehr die Geschichte der Experten im Transformationsprozess in mehreren eigenständigen, aber thematisch-inhaltlich zusammenhängenden Einzelprojekten untersuchen. Der Fokus der Promovierendengruppe liegt auf jener Gruppe westdeutscher Fachleute, die meist temporär und kurzfristig in den ersten Jahren nach 1990 beim Aufbau neuer Strukturen vor allem im Bereich von Verwaltung, Recht und Wirtschaft tätig waren und als „Transformationsexperten“ gefasst werden sollen. Das Wissen und die Praktiken dieser Experten trafen in Ostdeutschland auf lokale Akteure und Strukturen im Umbruch, woraus ein kompliziertes Beziehungsgeflecht entstand und sich wechselseitige Wahrnehmungen und Deutungen ergaben, die sich als langlebig erweisen sollten. Auf diese deutsch-deutschen Interaktionen und Wahrnehmungen im Umbruch der 1990er Jahre richtet sich das gemeinsame Interesse der einzelnen Forschungsprojekte.

Sie sollen das Umbruchgeschehen seit 1989/90 als eine deutsch-deutsche Begegnungsgeschichte zwischen westdeutschen und ostdeutschen Akteuren im Umbruchkontext „von unten“ erforschen und sich dabei drei unterschiedlichen Politikfeldern, auf denen westdeutsche Experten nach 1990 in Ostdeutschland aktiv waren, widmen 1.) der zentralisierten *Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*, 2.) einer zwischen verschiedenen Akteuren föderal verflochtenen *Umweltpolitik* sowie 3.) einer stark kooperativ ausgestalteten *kommunalen Selbstverwaltung*.

Die Projekte sind konzeptionell eng aufeinander bezogen und weisen verschiedene inhaltliche Querverbindungen auf, mit denen sich die behandelten Dimensionen Soziales, Ökologie und Infrastruktur/Kommunalverwaltung miteinander verknüpfen lassen.

Wie bewegten sich westdeutsche Transformationsexperten während der frühen 1990er-Jahre in unterschiedlichen Ideen-, Handlungs- und Gestaltungsräumen der ostdeutschen Transformation? Und wie veränderten sich in diesen vielfältigen Prozessen Wissen, Praktiken und Subjektivierungen sowohl in Ostdeutschland als auch bei ihnen selbst bzw. ferner auch in Westdeutschland? Die unterschiedlich justierten Sichtachsen der Promovierendengruppe sollen so jeweils eigene zeithistorische Beiträge sowohl zur *quantitativen* als auch *qualitativen* Bedeutung des untersuchten Phänomens der Transformationsexperten in der deutsch-deutschen Vereinigungs- bzw. Umbruchgesellschaft liefern, über die bislang jenseits oft anekdotischer oder subjektiver Retrospektiven kaum systematische wie historische Befunde vorliegen. Die dabei zu überprüfende Ausgangshypothese lautet somit, dass trotz eines hierarchischen Machtgefälles nicht schlichtweg westdeutsche „Blaupausen“ eins zu eins auf den Osten übertragen wurden. Anstatt also eine tradierte Geschichte des „Sie kamen, sahen und siegten“ zu erzählen, soll untersucht werden, mit welchem Wissen, Praktiken und Erwartungen die westlichen Experten (und wenigen westlichen Expertinnen) sich kurzfristig auf ihre ‚Mission‘ in Ostdeutschland begaben, auf welches lokale bzw. praktische Wissen sie dort trafen, welche situativen Auseinandersetzungen und gegebenenfalls Veränderungen sich daraus ergaben und wie dies schließlich auf beiden Seiten anschließend erzählt und erinnert wurde und wird. Zu fragen wäre also, inwieweit sich bei den hier untersuchten Wissenstransfers, seinen Trägern sowie (vermeintlichen) „Empfängern“ auch unerwartete Erfahrungen, Widerstände, Brüche, Irritationen, Improvisationen, Scheitern, Lernen und Überwältigt-Werden finden lassen. Es geht also nicht nur um die westdeutschen Experten, sondern zugleich auch um diejenigen Menschen, auf die sie im Zusammenhang ihrer Tätigkeit trafen, um wechselseitige Wahrnehmungs- und Deutungskonstellationen sowie Machtbeziehungen. Dabei soll auch die Rolle situativ auftretender ostdeutscher Gegen-Experten, ihres Wissens und ihrer Praktiken in den Blick genommen werden. Inwieweit trifft die verbreitete Annahme, dass es sich vor allem um die Geschichte einer Entwertung handelte, hier zu? Und schließlich geht es auch darum, inwieweit die neuen Erfahrungen der westdeutschen Experten in den frühen 1990er-Jahren im Sinne einer (empirisch noch kaum erforschten) „Ko-Transformation“ mittel- oder langfristig auf die alten Bundesländer zurückwirkten. Auf diese Weise lässt sich diese Geschichte auch jenseits von gängigen Kategorien wie „Scheitern“ oder „Erfolg“ erzählen.

Einzelprojekte

a. Neue Arbeitslosigkeit managen: Der Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern

Die im Sommer 1990 ausgesprochen abrupt und ohne größere Vorbereitungen realisierte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erforderte in Ostdeutschland einen umfassenden Auf- und Umbau der Verwaltung, insbesondere auch im Bereich der sich nun entfaltenden Sozialstaatlichkeit. Bereits seit Frühjahr 1990 waren westdeutsche Akteure maßgeblich da-

ran beteiligt. Die Bundesanstalt für Arbeit rekrutierte in erheblichem Umfang kurzfristig westdeutsche „Aufbauhelfer“, die die Etablierung der ostdeutschen Landesarbeitsämter in Angriff nahmen. Deren Leiter kamen zunächst sämtlich aus Westdeutschland und waren damit beauftragt, im Tandemverfahren ostdeutsche Amtsleiter anzulernen. Hinzu kamen zahlreiche nach Ostdeutschland entsandte Richter, welche die Einrichtung der Arbeitsgerichtsbarkeit unterstützten. Zugleich forderten die Verwerfungen am ostdeutschen Arbeitsmarkt die neu geschaffenen Institutionen von Anfang an massiv heraus, als sich das in der DDR weitgehend unbekanntes Phänomen der Arbeitslosigkeit 1990/91 schlagartig ausbreitete – schließlich war ein erheblicher Teil der Bevölkerung im Zuge der Wiedervereinigung von temporärer oder auch dauerhafter Arbeitslosigkeit betroffen. Die rasche Übertragung des westdeutschen Sozialstaates auf Ostdeutschland wurde in der Literatur rückblickend als „Meisterleistung der Verwaltung“ (Gerhard A. Ritter) bezeichnet.

Entgegen der dort eingenommenen Makroperspektive vom Feldherrnhügel der Bundes- und Ministerialverwaltungen soll das erste Promotionsprojekt dezidiert eine mikrohistorische Perspektive auf den alltäglichen Aufbau der Arbeitsverwaltung vor Ort wählen: Die in der Anfangszeit unter großem Raum- und Personalmangel leidenden Arbeitsämter waren für einen großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung ein erster und zentraler Begegnungsraum mit dem gesamtdeutschen Staat und seinen Vertreterinnen. Wie erlebten die westdeutschen Akteure die Wucht der Massenarbeitslosigkeit und die Tatsache, dass die Übertragung der bundesdeutschen Bestimmungen und Regelungen auf die besonderen ostdeutschen Verhältnisse einer hochdynamischen Transformationswirtschaft oftmals schwierig und strittig war? Welche Konflikte traten in Begegnungen mit dem anzulernenden Verwaltungspersonal, aber auch mit den ostdeutschen Arbeitslosen auf, denen das komplizierte bundesdeutsche Arbeits- und Sozialrecht häufig unverständlich und ungerecht erschien und denen biographische Rollenskripte für den Umgang mit Arbeitslosigkeit fehlten? Welche eigenen Strategien entwickelten etwa ostdeutsche „Betroffene“, um aus der oft als dramatischen Bruch empfundenen Situation eigener Hilf- und Nutzlosigkeit im Umgang mit dem Staat aktiv herauszufinden? Das Projekt fragt somit sowohl nach dem konkreten Handlungs- und Aushandlungs-geschehen vor Ort als auch nach den längerfristigen Prägungen, die die Begegnung westdeutscher Experten mit der ostdeutschen Bevölkerung an einer neuralgischen Schnittstelle des gesellschaftlichen Umbruchs hinterlassen hat.

b. Verseuchte Landschaften wiederherstellen: Umweltexperten, Altlastensanierung und die Wahrnehmung der ostdeutschen Räume

In der Endphase der DDR waren die exorbitanten Umweltschäden, die das spätsozialistische Produktionsregime hervorbrachte, trotz aller Propaganda im Alltag nicht mehr zu übersehen – ganz im Gegenteil: die ökologischen Belastungen waren gerade in schwerindustriellen Regionen massiv präsent und auch die seit den 1980er-Jahren wieder umfassend eingesetzte Braunkohle wurde bald gerade viele in den Osten gekommenen Westdeutsche zur alltäglich erfahr- und erreichbaren Signatur der Umweltkrise. Die umfassende Sanierung ökologischer Altlasten bildete deshalb eine elementare Herausforderung der gesamtdeutschen Umwelt-, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitiken seit der Wiedervereinigung, die übergreifende Ansätze, Programme und Planungen mit konkreten lokalen Realisierungen verknüpfte. Als genuines Querschnittsthema betraf sie insbesondere das Problem der Privatisierung zuvor staatlicher Industrieunternehmen und damit auch die Arbeit der Treuhandanstalt, da sich in zahlreichen

Fällen die Frage ökologischer Altlasten als ein erhebliches Investitions- und Übernahmehemmnis darstellte. Auch mit der Arbeitsmarktpolitik war sie verknüpft, wurde doch ein erheblicher Anteil der umweltpolitischen Sofortmaßnahmen nach der Wiedervereinigung über umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) realisiert.

Indem es sich von stärker wirtschafts- und unternehmensgeschichtlichen Studien abgrenzt, fragt dieses Teilprojekt aus einer gesellschafts- und kulturhistorischen Perspektive zunächst danach, welche Verbindungen zwischen den ostdeutschen umweltpolitischen Netzwerken vor 1990 und der Identifizierung und Sanierung von „Altlasten“ bestanden. Spielten ostdeutsche Akteure dabei noch eine nennenswerte Rolle oder dominierten nach dem Oktober 1990 im Wesentlichen westdeutsche Experten? Lassen sich zudem Einflussversuche westdeutscher Umweltgruppen im Umfeld der Grünen möglicherweise als Gegen-Berater „von unten“ ausmachen? Welche Konflikte entstanden um die Frage der Verantwortung, Haftung und Zuständigkeit für die DDR-Altlasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie den Erwerbern altlastenbetroffener Anlagen und Grundstücke, welche zwischen Ost und West? Welche Interessen und Konzepte konkurrierten miteinander? Wie waren dabei Umwelt-, Wirtschafts- und Standortpolitik ineinander verflochten? In welcher Weise wurde die Tatsache problematisiert, dass ein nicht unerheblicher Teil der DDR-Umweltprobleme aus dem kommerziellen Müllimport aus der Bundesrepublik herrührte? Welche internationalen Dimensionen hatte die Behandlung militärischer Altlasten im Zusammenhang mit dem schrittweisen Rückzug der sowjetisch-russischen Streitkräfte aus den neuen Bundesländern? Das zweite Promotionsprojekt soll dabei nicht nur Hintergründe der ökologischen Altlastensanierung beleuchten, sondern auch an geeigneten Fallbeispielen deren konkrete Praxis in den Blick nehmen: Was für Umweltschäden fanden die Sanierer vor, auf welche Weise ließen sich diese beseitigen, was bedeutete das für die betroffenen Unternehmen/Gemeinden/Regionen? In welcher Form liefen die großangelegten ABM-Maßnahmen im Bereich der Altlastensanierung ab, was wurde dabei konkret getan? Schließlich soll es auch um die Bedeutung der Altlasten für eine deutsch-deutsche Wahrnehmungsgeschichte gehen, in der Ostdeutschland als eine ambivalente Landschaft erschien, die – vor allem in westlichen Blicken – gleichermaßen von verwunschen-verfallenen Kulturgütern wie verdorben-verseuchten Halden geprägt war.

c. Verfallene Infrastrukturen erneuern: Westdeutsche Verwaltungshelfer und die ostdeutsche kommunale Selbstverwaltung

Die Kommunalverwaltung gehörte zu denjenigen Verwaltungsbereichen, die im Zuge der Wiedervereinigung grundlegend neu aufgebaut werden mussten, da in der zentralistischen Verwaltungspraxis des SED-Staates und seiner Zentral- und Bezirksverwaltungen, in deren administrativer Struktur die Gemeinden lediglich eine Nebenrolle gespielt hatten, allenfalls rudimentäre institutionelle Anknüpfungspunkte existierten. Anders als der Aufbau der Arbeitsverwaltung, der zentral von der Bundesanstalt für Arbeit dirigiert wurde, wies der Aufbau der Landes- und Kommunalverwaltungen eine starke föderale Komponente auf: Hierfür etablierten die westlichen Bundesländer mit den im Oktober 1990 gegründeten neuen Bundesländern im Osten Deutschlands in großer Eile umfassende Partner- und Kooperationsprogramme, um sie beim Verwaltungsaufbau zu unterstützen; analog hierzu bildeten sich ebenso auf Kreis- und Gemeindeebene entsprechende deutsch-deutsche Partnerschaften

und weitere Austauschformate. In diesem Rahmen wurden Tausende Verwaltungsfachleute kurzfristig und befristet von West nach Ost entsandt, um dort temporäre Aufgaben bei der Erneuerung der zumeist wenig funktionsfähigen kommunalen Verwaltungsarrangements zu übernehmen und die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen vor Ort konkret anzuleiten und zu schulen.

Das dritte Promotionsprojekt soll diese westliche Verwaltungshilfe bei der (Wieder-)Herstellung der „kommunalen Selbstverwaltung“ exemplarisch in mehreren ausgewählten ostdeutschen Städten und Gemeinden als eine konkrete Begegnungs- und Konfliktgeschichte untersuchen. Wer waren die Aufbauhelfer und welche praktischen Erfahrungen machten diese in einem Umfeld, das je nach den örtlichen Verhältnissen sehr unterschiedlich ausfallen konnte? Wie wurden sie vor Ort auf- und wahrgenommen; wie wandelten sich diese Wahrnehmungen und Deutungen möglicherweise im Laufe der Zeit? Wie modifizierte sich das westdeutsche Expertenwissen angesichts sehr spezifischer und oft auch konfliktträchtiger Transformationsherausforderungen wie den Diskussionen um politisch vorbelastetes Verwaltungspersonal oder den Bemühungen um eine Stärkung politischer Partizipation auf kommunaler Ebene? Inwiefern waren diese Akteure auch an der Formierung von politischen Allianzen und Netzwerken beteiligt, etwa mit den (oft selbst neu gewählten) Amtsträger*innen sowie weiteren lokalen Interessenvertreter*innen (aus Wirtschaft, Kultur, Bildung, Sport usw.)? Damit will das dritte Promotionsprojekt auch einen Beitrag zur Erforschung der langfristigen Entwicklung der politischen Kultur in Ostdeutschland leisten, die nach 1990 wesentlich durch konkrete Erfahrungen in der kommunalen Lebenswelt geprägt wurde